

**Rede von Oberbürgermeisterin Henriette Reker anlässlich
der Konferenz „Gleiches Recht für alle geflüchteten
Menschen?! Perspektiven für Gleichbehandlung schaffen!“
am 28. April 2023 im Severinsviertel**

Es gilt das gesprochene Wort!

Lieber Herr Keltek,
sehr geehrter Herr Professor Fereidooni,
liebe Gäste,

die heutige Fachkonferenz befasst sich in fünf Workshops mit der Frage, welche Perspektiven für eine Gleichbehandlung aller geflüchteten Menschen geschaffen werden können. Dabei geht es sowohl um rechtliche Fragen als auch um Fragen der Gleichbehandlung im Verwaltungsalltag.

Das Thema Gleichbehandlung von Geflüchteten begleitet uns in aller Aktualität seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Lassen Sie mich vorab sagen: Der 24. Februar 2022 war für die Ukraine, für Deutschland und für Europa ein Epochenbruch. Die Demokratie, ja die Existenz der Ukraine ist akut bedroht. Dort, wo Russlands Truppen ukrainisches Gebiet besetzt halten, begehen sie systematischen Terror an der Zivilbevölkerung. Zivile Einrichtungen sind für Russland alltägliche Angriffsziele. Mitten in Europa wird ein Zivilisationsbruch begangen.

Der Krieg hat uns auch in Deutschland in eine Zeit zurückgeworfen, die gezeichnet von Gewalt, Unsicherheit und wirtschaftlicher Rezession und Inflation ist.

Die Solidarität mit den geflüchteten Menschen aus der Ukraine, die zu Tausenden seither auch in Köln ankommen, ist fast grenzenlos. Sie drückt sich darin aus, dass viele Tausend Kölnerinnen und Kölner Ukrainerinnen und Ukrainer bei sich zu Hause aufgenommen haben, jeden Tag gehen von Köln aus Hilfstransporte in die Ukraine. Die große Solidarität drückt sich aber auch rechtlich aus: Mit der Aktivierung der sogenannten Massenzustrom-Richtlinie hat die EU binnen kürzester Zeit nach Kriegsausbruch das geregelt, was ihr in der anhaltenden Flucht- und Migrationsbewegung seit über zehn Jahren nicht gelingt. Durch den Solidaritätsmechanismus wurden soziale Mindeststandards für Geflüchtete aus der Ukraine geschaffen, ihre ausgewogene Verteilung in Europa zumindest in wichtigen Ansätzen geregelt. Deutschland zog nach:

Schon am 1. Juni 2022 erhielten Geflüchtete aus der Ukraine Zugang zu Leistungen nach SGB II und SGB XII sowie unbeschränkten Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt – und das ohne Wohnsitzauflage und andere Regelungen, die andere Geflüchtete zu beachten haben.

Seither erreichen mich immer wieder Fragen von Geflüchteten, die bereits seit Langem auf Leistungen nach

Asylbewerberleistungsgesetz angewiesen sind und Fragen vieler ehrenamtlich Engagierter, warum für Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine gelten soll, was für Kriegsgeflüchtete aus Afghanistan, Syrien oder dem Jemen nicht gelten darf.

Liebe Gäste, das ist eine berechtigte Frage deren Beantwortung ich als Oberbürgermeisterin nicht ausweichen will, denn alle Beteiligten verdienen Ehrlichkeit. Ich verstehe den Frust, den viele Schutzsuchende und deren Unterstützerinnen und Unterstützer verspüren wenn sie sehen, wie schnell sich die Räder für die einen drehen, während sie für andere stillzustehen scheinen. Schnell ist das Wort von Geflüchteten erster und zweiter Klasse ausgesprochen. Dabei ist Solidarität unteilbar, einem Menschen in Not zu helfen knüpft sich in humanistischer wie christlicher Tradition an keine Bedingung wie Herkunft, Hautfarbe oder Religion.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, anzuerkennen, dass jede Krise ihre eigene Willkommenskultur schafft. So, wie wir das Leid der einen nicht mit dem Leid der anderen vergleichen wollen, sollten wir nicht die Hilfsbereitschaft für die einen mit der Hilfsbereitschaft für die anderen vergleichen.

Zu Anfang meiner Rede habe ich den russischen Angriffskrieg als Epochenbruch bezeichnet. Jede und jeder von uns erinnert sich sicher an den 24. Februar 2022. Auch ich. Das Sirenengeheul, der dunkle Rauch über Kiew, Panzerkolonnen

vor den Toren der Stadt, russische Hubschrauber am Himmel: die schrecklichen Bilder dieses Morgens, sie gingen und gehen mir unter die Haut. Die Wohnblöcke in Charkiw, sie könnten so auch in Chorweiler stehen. In der Tagesschau sehen wir Menschen, die in der Kiewer U-Bahn Schutz suchen und auf Ihre Telefone starren, verzweifelt in der Hoffnung auf ein Zeichen der Liebsten. Es braucht keine Abstraktionskraft mehr um sich vorzustellen, wie das unmittelbare Erleben eines solchen Angriffs auch bei uns, hier in Köln aussehen würde.

Dann die Meldung schon in den ersten Kriegsstunden: Die Bundeswehr wäre auf einen solchen Angriff nicht vorbereitet, sie sei, so das Zitat des damaligen Oberbefehlshabers des Heeres, „blank“.

Der Krieg in der Ukraine hatte damit von Anfang an eine unmittelbare, eine direkte reale und emotionale Wirkung auf uns hier in Deutschland und Europa. Putin hasst unsere offene, liberale Lebensweise, er will Europa mit Waffengewalt mindestens teilweise unter seine imperialistische und nationalistische Herrschaft bringen. Wir wissen nicht, welche Grenzen er noch überschreitet.

Wir können dieser Bedrohung nicht ausweichen, sie wird bleiben, bis die Ukraine diesen Krieg gewinnt und sie wird wachsen, wenn sie ihn verliert.

Von dieser allgegenwärtigen Unausweichlichkeit des Krieges ist, so sehe ich es, auch die menschliche Reaktion auf die Geflüchteten aus der Ukraine geprägt. Hilfsbereitschaft kann auch ein Weg sein, mit der eigenen Angst umzugehen. Ich möchte diesen Menschen sagen: Es ist okay, dass Du Angst hast. Es ist gut, dass Du hilfst.

Nach über einem Jahr Krieg müssen wir hinnehmen, dass andere Länder, insbesondere im Globalen Süden, ihre Schwierigkeiten haben, den russischen Angriff beim Namen zu nennen. Kaum ein nicht-westliches Land hat sich den Sanktionen, die Russlands Kriegswirtschaft ausbremsen sollen, angeschlossen.

Die menschliche Reaktion auf Krisen steht in nicht weg zu argumentierender Weise in Korrelation mit der wahrgenommenen, eigenen Betroffenheit. Auch dies ist eine erneuerte Erkenntnis aus dem außen- und innenpolitischen Umgang mit dem Ukrainekrieg.

Kein politischer Beschluss auf kommunaler Ebene kann Einfluss nehmen auf Europa- oder Bundesgesetzliche Bestimmungen. Die Menschen lassen sich von keiner noch so richtig gemeinten, politischen Resolution beeindrucken, wie ihre Hilfsbereitschaft auszusehen hat.

Gleichwohl kann zumindest die bürokratische Reaktion auf Drittstaatsangehörige, die aus der Ukraine geflohen sind, nicht

als sonderlich menschlich angesehen werden. Viele ausländische Studierende, die vor den russischen Bomben flohen, hatten und haben in der EU mit Problemen und Einschränkungen zu kämpfen, fast so, als seien nicht auch sie Opfer dieses Krieges. Ich werde mich weiterhin auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass diese Menschen ihre Studien und ihr Leben in Frieden fortsetzen können.

Liebe Gäste, ich möchte Sie heute einladen, Perspektiven für eine Gleichbehandlung von Geflüchteten zu erarbeiten. Jede umsetzbare Idee ist willkommen. Gleichwohl sind wir als Stadt auf die Hilfe aller angewiesen, die sich für Geflüchtete einbringen, egal ob sie aus der Ukraine kommen oder nicht. Es sollte keine Geflüchteten erster und zweiter Klasse geben, es darf aber auch Hilfe nicht in erst- oder zweitklassig unterteilt werden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.